

Aufgaben und Wesenszüge der Hochschulen als Grundlagen der Reform

(Gesamtschule, 1. Jg., H. 4, 1969)

1. Reform als Problem der Hochschulen

Die Reformbedürftigkeit der Hochschule erweist sich darin, daß eine Vielfalt von Problemen bisher ungelöst ist. Die Probleme sind nicht durch „Zauberworte“ (Gesamthochschule) zu lösen — solche Worte gewinnen vielmehr erst Sinn, wenn die Grundprinzipien der Hochschule bedacht und Reformen von solchem Durchdenken geleitet werden.

1.1 Es stehen nicht im Einklang:

die Interessen einer hochqualifizierten wissenschaftlichen Forschung und Lehre — der Bedarf der Industriegesellschaft an akademisch ausgebildeten Fachkräften — die derzeitige Ausbildungskapazität der Hochschulen — der Zustrom zu den Hochschulen.

1.2 Es ist ungeklärt, welche Grundprinzipien in Zukunft für Forschung, Lehre, Ausbildung, für Weiterentwicklung und Weiterführung der Hochschularbeit verbindlich sind, wie sie gesichert und kontrolliert werden können.

Da ungeklärt ist, um welche Inhalte es geht, gewinnen administrative Bestimmungen leicht zerstörende Kraft. Isolierte Verwaltungsbestimmungen und Teilveränderungen sind Flickwerk und dürfen nicht am Anfang einer Reform stehen.

Es ist ungeklärt, welche Typen von Hochschulen in Zukunft welche Aufgaben erfüllen sollen und gemäß welchen Strukturprinzipien sie jeweils ihre Aufgaben am effektivsten lösen können.

1.3 Die Vorschläge für neue Hochschulgesetze lassen nicht klar erkennen, wie sie sich in den Rahmen eines Gesamtkonzepts von Gestalt und Gehalt des Bildungswesens einfügen.

1.4 Die Vorschläge lassen außer acht, daß man bei Forschung, Lehre und Studieren auf menschliche Motivationen und menschliches Können Rücksicht nehmen muß. Dadurch werden bereits bestehende Verzerrungen, Überlastungen, Über-

ansprüche noch weiter verzerrt und immer stärkere Spannungen hervorgerufen.

1.5 Obwohl die oben angeführten Mißstände seit langem sichtbar waren, haben alle Beteiligten erst unter dem Druck der Studentenunruhen mit Analysen der Ursachen dieser Mißstände begonnen.

Demgegenüber ist eine wirklich sachgerechte Diskussion von Alternativen — und ihrer Konsequenzen — in der Öffentlichkeit ausgeblieben. Überprüfbare Modellversuche wurden nicht durchgeführt. Bis heute wissen die Öffentlichkeit und die von ihr gewählten Vertreter nicht, an welche Sachkriterien sie sich halten können, wenn über die Universität gesprochen wird.

1.6 Dadurch wurde es möglich, daß in der Öffentlichkeit ein falsches Bild von Struktur und Problemen der Hochschule entstand.

Reformvorschläge erhielten ihre Attraktivität durch Schlagworte aus wissenschaftsfremden Bereichen: Demokratisierung — Effizienz — paritätische Mitbestimmung — Entmachtung — Establishment und Revolutionierung. Solche Schlagworte tragen nicht viel dazu bei, die oben angeführten Probleme der Hochschulen zu lösen. Die klare Frage, wem Reformvorschläge jeweils nützen (cui bono) und welche Konsequenzen damit verbunden sind, muß an jeden Entwurf herangetragen werden.

1.7 Nachdem zu lange nichts geschehen ist, wird nun durch übereilte, unzweckmäßige, unkoordinierte, punktuelle Maßnahmen eine „Beruhigung“ statt struktureller Erneuerung zu erreichen gesucht. Überstürzte Maßnahmen können mehr schaden als nützen.

Dabei wird auch übersehen, daß die Unruhe bei einem Teil der Studierenden um viel umfassendere gesellschaftspolitische Probleme als die Reform der Hochschulen zentriert ist und es falsch ist, zu erwarten, daß diese Probleme durch „Beruhigungsmaßnahmen“ im Hochschulbereich zu erledigen sind.

2. Wesen und Aufgaben der Hochschulen

2.1 Die Idee der Universität wird getragen von dem Gedanken, daß Wissenschaft ein Wert ist und daß sie autonome Maßstäbe hat.

Dem trägt die Entscheidung unserer Gesellschaft Rechnung, die im Grundgesetz die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert, sie vor parteipolitischer Bestimmung schützt, obwohl Forschung und Lehre aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Als Gegenleistung fordert die Öffentlichkeit die Erfüllung der den Hochschulen übertragenen Aufgaben sowie Garantien durch ein entsprechendes Qualifizierungsniveau.

Die Sicherung des Kernbestandes der Universität stellt keine einseitige Leistung der Gesellschaft dar. Durch Forschung, Lehre, Ausbildung und Studieren wird die Zukunft einer Gesellschaft mitgestaltet: die Arbeit der Universität deckt strukturelle Grundlagen auf, entwickelt Gesichtspunkte für zukunftsbezogene Entwicklungen; sie kann durch die Öffentlichkeit ihrer Arbeit Vereinseitigungen des Gesamtorganismus korrigieren helfen und Gefährdungen kompensieren. Voraussetzung dafür ist jedoch immer, daß sie nicht von den Grundprinzipien der Wissenschaft abweicht und nicht durch wissenschaftsfremde Gesichtspunkte bestimmt wird.

Die Leistung der Universität vollzieht sich dabei nicht in Direktantworten auf — von wo auch immer postulierte — „Bedürfnisse“ der Gesellschaft; die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die nur aus intensiver Beschäftigung mit den Sachen selbst erwachsen können, für die Gesellschaft in einem mehr oder weniger ausgedehnten Kommunikationsprozeß wirksam werden.

2.2 Zu Beginn aller Überlegungen müssen Angaben darüber gemacht werden, welche Grundprinzipien durch Hochschulgesetze zu gewährleisten sind, damit die Universität ihre Aufgaben erfüllen kann.

Wissenschaft hat mit der Erforschung der Wirklichkeit, mit Methode und Systembildung zu tun; sie sucht die Lückenhaftigkeit unserer Erfahrung Schritt um Schritt zu beseitigen und alle Fragen zu verfolgen, die sich bei der Entwicklung eines wissenschaftlich erforschten Weltbildes ergeben. Dem dient die Darlegung von Ableitungsprinzipien, Vorgehen mit Hilfe von Hypothesen und Beweisführung und die Reflexion über die wissenschaftliche Tätigkeit. Das zeigt, daß die Wissenschaft nicht einfach und linear ist: Verschiedene Züge müssen einkalkuliert, einreguliert und kontrolliert werden: Risiko, Qualifikation, Entwicklung, Vielgestaltigkeit der Forschungseinrichtungen, Relativierung und Entscheidung, Begrenzungen, Berechtigungen und Verpflichtungen.

Hochschulgesetze, die für ein Gesamtkonzept, das diese Züge umfaßt, keinen Platz haben, sind untaug-

lich. Allgemeinplätze wie „Kollegialität“, „kritisches Denken“, „Effektivität“, „Erkenntnisoffenheit“ allein sind kein Ersatz.

2.3 Dem Grundgedanken von Wissenschaft entsprechend sind Angaben erforderlich über das, was als Qualifikationsgesichtspunkt gilt für Leistungen — beispielsweise Kriterien und Forderungen für Forschungen, Lehrveranstaltungen, Dissertationen —, für Auswahlprozesse, für Entscheidungs- und Einspruchsbefugnisse. Darüber kann man nicht von Fall zu Fall abstimmen.

Im Grunde kommt eigentlich kein Reformentwurf um Unterscheidungen herum: von Lehrenden und Lernenden, Anfängern und Erfahrenen, von Qualifizierungsstufen, von Forschung — Lehre — Ausbildung, von zeitweiligen Einrichtungen und Dauereinrichtungen, von Forschungsgruppen und Forschungsrichtungen, von verschiedenartigen Prinzipien und Kriterien in Forschung, Lehre, Ausbildung.

Hier klare, sachgerechte und entscheidende Markierungen zu setzen, ist notwendig ein Ziel der Hochschulreform. Nur dadurch werden die „Lebensbedingungen“ von Forschung, Lehre, Ausbildung und Studieren gesichert und von Unzumutbarem freigehalten (Absicherung und Kontrolle des Angebots, Recht auf Entscheidung für Forschungsrichtungen im Rahmen wissenschaftlicher Kriterien; Vermeiden von Überbelastungen, Verlagerungen, Vereinseitigungen usw.).

Eine Kontrolle des Qualifizierungsniveaus ergibt sich allein gemäß den Maßstäben der Wissenschaft. Die Qualifizierung wird transparent in wissenschaftlichen Leistungen, Veröffentlichungen, der Durchführung von Forschungen und nicht zuletzt in der Entwicklung neuer wissenschaftlicher Konzepte. Jeder Reformentwurf, gleich von welcher Seite, muß sich die Frage gefallen lassen, wie er das Niveau von Forschung, Lehre und Ausbildung zu gewährleisten sucht.

Die Forderung von Qualifizierung widerspricht der Forderung von numerischer Gleichheit, die im politischen Bereich gilt. Es kann sich nur um „gleiche Chancen“ bei gleichwertiger Qualifizierung handeln.

2.4 Wer die wissenschaftlichen Maßstäbe durch die völlig anderen politischen Maßstäbe ersetzt, kann nicht beanspruchen, Forschung und Lehre zu bestimmen.

Die Wissenschaft hat ihr eigenes Ethos und kann von keiner zusätzlichen „Moral“ abhängig gemacht werden.

Die aus ganz anderen Absichten geschaffene Autonomie der Universität würde durch eine zusätzliche Moral einseitig wissenschaftsfremden Zwecken dienstbar gemacht. Es muß gesichert werden, daß durch Mitbestimmungen keine wissenschaftsfremden Ein-

flüsse infiltriert werden: dann öffnete die Ausnahme-
stellung der Wissenschaft nämlich eine Hintertür für
unkontrollierte Manipulationen und Machtausübung.
Jede Art von „Alleinbestimmung“, die sich außerhalb
der Markierungen der wissenschaftlichen Grundprin-
zipien aufbaut, gefährdet die Universität.
Wenn vorwissenschaftliche Fragestellungen aufgegrif-
fen werden, müssen sie sich eine wissenschaftliche Be-
arbeitung gefallen lassen.

2.5 Die innere Organisation der wissenschaft-
lichen Hochschulen muß auf Erhaltung, Kon-
trolle und Sicherung der Qualifikationskriterien
und des Niveaus wissenschaftlicher Forschung
und Lehre ausgerichtet sein. Die Gesellschaft
braucht Vertragspartner, die an der Erhaltung
des Niveaus interessiert sind und eine verant-
wortliche Garantie dafür übernehmen können.
Bei der Organisation ist zu berücksichtigen, daß
die Funktionsfähigkeit einer Institution eigenen
Gesetzen untersteht.

Sofern die wissenschaftliche Hochschule auch die
Aufgabe der Ausbildung des Nachwuchses für
die Industriegesellschaft übernimmt, darf das
Forschung und Lehre als den Kern der Hoch-
schulen nicht beeinträchtigen.

Das Hochschulgesetz muß Aussagen machen über die
Erhaltung des Niveaus: durch Transparent-Machen
(Veröffentlichungspflicht, Klarlegen der Maximen von
Forschung und Lehre), durch Festlegen des Aufgaben-
maßes, der Ausleseprinzipien, der Kontrollmöglich-
keiten für alle Angehörigen der Hochschule (Verhin-
derung einer Diktatur des Mittelmaßes bzw. der
Störung von Weiterentwicklungen). Es muß ferner
Aussagen machen über die Funktionsfähigkeit der In-
stitutionen der Hochschule; dabei sind sowohl die
notwendigen Begrenzungen (von Instituten, von Gre-
mien bei der Übernahme von Aufgaben) als auch die
notwendigen Erweiterungen (Finanzierung, Ausbau)
zu berücksichtigen.

Die Hochschulen haben Aufgaben übernommen, die
eine Planung über längere Zeiträume hinweg not-
wendig machen. Ihre Ordnungen müssen stabil und
praktikabel sein; bei aller Berücksichtigung von Ent-
wicklungsmöglichkeiten ist es ihrer komplexen Struk-
tur unangemessen, so zu tun, als könne alles immer
wieder neu aus spontanen „kollegialen“ Aktionen er-
wachsen.

Dem zeitlichen Aspekt der Organisation entspricht,
daß auch das Eindringen in eine Wissenschaft seine
Zeit braucht, ebenso die Durchführung von Arbeiten
(für Prüfungen, Forschungen, Veröffentlichungen; das
Ausarbeiten von Vorlesungen, die Entwicklung von
Konzepten, der Aufbau von Forschungsgruppen und
Instituten).

2.6 Wissenschaft ist dauernd in Fluß; ihr Niveau
erhält sich nur in Entwicklung, und auch die Ent-
wicklung zum Wissenschaftler geht in Entwick-
lungsstufen vor sich.

Die Entwicklungsstufen haben ihre eigenen Ge-
setze und Rechte, aber auch ihre Begrenzungen.
Das umschließt zugleich einen Ausleseprozeß,
der für die Gesellschaft Kontrolle und Garantie
darstellt. Es ist konstitutiv für die Struktur von
Universität, daß man den Ausleseprozeß als
einen wirksamen Faktor in Bewegung hält;
Prinzipien und Kriterien des Ausleseprozesses
müssen ebenfalls ausdrücklich herausgestellt wer-
den.

Der Ausleseprozeß als Entwicklung ist auch deshalb
notwendig, damit nicht durch eine einzelne Leistung
schon eine Dauerstellung begründet werden kann.

Von Stufe zu Stufe steigern sich für den Wissenschaf-
tler, der an der Universität tätig wird, die Anforde-
rungen und die ihnen entsprechenden Ausrüstungs-
notwendigkeiten. Verpflichtungen und Berechtigungen
regulieren sich von Stufe zu Stufe neu ein.

Die verschiedenen Entwicklungsstufen (-formen) ha-
ben verschiedene Rechte und Begrenzungen, die nicht
über einen Kamm geschoren werden können (For-
schung neben Ausbildung, Auslese neben Zugänglich-
keit, Kontinuität neben Veränderung, Qualifizierungs-
ausweis neben Qualifizierungschancen, Arbeitsmög-
lichkeiten neben Aufstiegsmöglichkeiten, Entschei-
dungsfreiheit neben Abstimmungsmöglichkeiten); sie
haben verschiedene Freiheitsgrade, verbunden mit
verschiedenen Anforderungen an ein Sich-Ausweisen
(Qualifizierungsniveau). Sie haben sowohl stabile wie
bewegliche Züge (Stabilität von Ansprüchen im Hin-
blick auf Ausstattung, Unabhängigkeit; Ordnungs-
formen neben Chancen für neue Ideen, Methoden,
neue Entwicklungen und Modellversuche).

Die Entwicklungsformen des Gesamtorganismus
der Hochschulen fordern notwendig eine Reihe
von klärenden Bestimmungen. Es ist notwendig,
die Entwicklungsstufen inhaltlich zu bestimmen
(Konzept von Forschung, Weiterbildung, Stu-
diengängen, Aufstiegsformen usw.); es ist eben-
falls notwendig, das Verhältnis von Forschung,
Lehre und Ausbildung zu bestimmen (Abgren-
zung der Eigenrechte, Wachstumsraten, Kapazi-
tätsgrenzungen). Es ist notwendig, Sicherungs-
regulationen für die Rechte der verschiedenen
Entwicklungsstufen festzulegen, damit keine
heteronomen Bestimmungen erfolgen (beispiels-
weise durch Majorisierung von Forschungsrich-
tungen).

Gemäß den Gesetzen und Eigenrechten der Ent-
wicklungsstufen des wissenschaftlichen Werde-
gangs (Aufgaben, Tätigkeiten, Verantwortung
und Berechtigung) ist es schließlich erforderlich,
die Stellung der Lehrenden, Forschenden, Aus-
bildenden und Lernenden inhaltlich zu bestim-
men (Aufgabenverteilung, Verantwortung, Ver-
hältnis zueinander); das geschieht gemäß den
Grundprinzipien der Hochschularbeit.

Eine klar umschriebene (entwicklungsbezogene) Aufgliederung führt zu einer Neuordnung der Entscheidungsbefugnisse, zu einer Neuverteilung der Aufgaben und Tätigkeiten sowie zu einer Regelung der Zusammenarbeit im Rahmen des Ganzen.

2.7 Die Ordnung dieses vielgestaltigen und komplizierten Prozesses sollte sich orientieren am Leitbild des progressiven Forschers und Lehrers. Die von den Hochschulen übernommenen Ausbildungsaufgaben dürfen dieses Leitbild nicht verdrängen.

Andererseits bedeutet das nicht, die Ausbildung sollte darauf zielen, dieses Leitbild und sonst nichts zu verwirklichen. Wir brauchen in unserer Zeit verschiedene Formen des Abschlusses; alle Formen des Abschlusses müssen sich ihrer Relativität bewußt sein.

Die Entwicklung von Über- und Unterordnungsverhältnissen ist nichts „Böses an sich“. Sie darf allerdings nicht den Sachgesetzen der wissenschaftlichen Forschung und Lehre widersprechen und in persönlicher Abhängigkeit begründet sein. Sachgesetze äußern sich in Wissenschaftsprinzipien, Qualifizierungsforderungen, Notwendigkeiten der Forschungsplanung oder der Organisation des Studierens.

2.8 Die Hochschulreform kann nur durch ein Konzept erfolgreich gestaltet werden, welches berücksichtigt, daß wir es hier mit einem Gefüge verschiedener Faktoren zu tun haben, die man nicht beliebig reduzieren kann: Kontinuität und Beweglichkeit, Risiko und Qualifizierung, Berechtigung und Verpflichtung, verschiedenartige Aufgaben und Lösungen halten sich die Waage; das gilt für Forschung, Lehre, Ausbildung und Studieren.

Hier sind klare Abgrenzungen genauso erforderlich wie gegenseitige Korrekturen. Das führt zu einer Aufgliederung der Aufgaben der Hochschulen (Polarisierungen, Parallelität, Durchformung). Eine empirische Erforschung dieser Prinzipien führt zu einer realistischen Beurteilung des Hochschulwesens.

Forschung und Lehre brauchen Kontinuität und Entwicklungsspielraum. Dazu sind langfristige Regulierungen erforderlich; zugleich aber auch Regulierungen, die Korrekturen und Neuverteilungen erlauben. Es darf sich hier weder um ein Lotto von Jahr zu Jahr noch um Ewigkeitswerte handeln.

Die Regulierung ist begrenzt durch den Minimalbedarf für die Vertretung eines Faches; sie sollte erweiterungsfähig und reduzierbar im Hinblick auf besondere Bedarfslagen sein. Auch hierfür müssen Markierungen gesetzt werden.

Um zu vermeiden, daß sich bei der Neuordnung der Hochschule einfache Interessenvertretungen durchsetzen, erscheint es sinnvoll, durch empirische Untersuchungen die Probleme von Forschung, Lehre, Ausbildung, Studieren zu klären.

Daß wir alle in gewisser Weise unser Leben lang als Lernende und Forschende betrachtet werden können, fällt keineswegs zusammen mit der Qualifizierung des wissenschaftszentrierten Lernens, Ausbildung, Lehrens und Forschens.

Es ist nicht gerechtfertigt, die Ausbildungsaufgaben der Universität ohne weiteres mit der Erziehung zur wissenschaftlichen Forschung zu vermischen; solche Vorschläge verschleiern, daß es erforderlich wäre, Ausbildungsinstitute neben Forschungs- oder Arbeitsinstituten im Rahmen der Universität überhaupt erst einmal zu schaffen und zu finanzieren, falls die Ausbildung ein anderes Gesicht erhalten soll.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Aufgaben der Universität ließen sich einfach von Berufsbildern her charakterisieren. Selbst im Bereich der Ausbildung ist das gefährlich; denn die gegenwärtigen Berufsbilder sind in einer sich wandelnden Gesellschaft schnell überholt.

Bei einer Verstärkung der Unsicherheit, Unklarheit und Vermischung wird die Universität auf lange Zeit in ihren produktiven Tätigkeiten behindert.

2.9 Ziel der Hochschulreform ist es, Anforderungen, Grundprinzipien, Gesetze und Rechte, Kern- und Randprobleme transparent zu machen, das Motivationsgefüge und das Ethos der Wissenschaft herauszustellen und klare Entscheidungen zu ermöglichen.

Zu diesen Entscheidungen gehört, daß Forschung und Lehre und Ausbildung und Studieren nach ihren eigenen Rechten behandelt werden und daß man hier nicht beliebig das eine durch das andere ersetzen kann.